

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagschrift
Tageblatt Rieser
Gemein 1237
Postfach Nr. 53

Postfachkonto
Dresden 1530
Verleger:
Rieser Nr. 53

Nr. 14

Dienstag, 18. Januar 1938, abends

91. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, bei Vorauszahlung, für einen Monat 3 Mark, ohne Zustellgebühr, durch Postbezug Nr. 214 einschl. Postgebühr (ohne Zustellgebühr), bei Abholung in der Geschäftsstelle Wochenkarte (6 aufeinanderfolgende Nr.) 55 Pfg., Einzelnummer 15 Pfg. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die gefaltete 48 mm breite mm-Zeile oder deren Raum 9 Pfg., die 36 mm breite, 3 gespaltene mm-Zeile im Textteil 5 Pfg. (Grundchrift: Petit 8 mm hoch). Ziffergröße 7 Pfg., tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Bei fernmündlicher Anzeigen-Bestellung oder fernmündlicher Abänderung eingehender Anzeigentexte oder Probeabzüge schließt der Verlag die Inanspruchnahme aus Mängeln nicht drucktechnischer Art aus. Preisliste Nr. 4. Bei Konkurs oder Zwangsvergleich wird etwa schon bewilligter Nachlaß hinfällig. Erfüllungsort für Lieferung und Zahlung und Gerichtsstand ist Rieser. Höhere Gewalt, Betriebsstörungen usw. entbinden den Verlag von allen eingegangenen Verpflichtungen. Geschäftsstelle: Rieser, Goethestraße 50.

Die Regierungsspanne und ihre Folgen

Nachdem auch Leon Blum dem französischen Staatspräsidenten mitgeteilt hat, daß er von dem Verlust einer Kabinettbildung zurücktritt, beginnt ein neues Rätselraten, aus welchem Mannern sich die zukünftige Regierung zusammensetzen wird. Es ist nur zu verständlich, daß man die Zwischenzeit in der Presse damit ausfüllt, Erwägungen darüber anzustellen, wer denn eigentlich an der ganzen Entwicklung der Dinge die Schuld trägt. Wir wissen, daß die französische Rechte es als eine Herausforderung angesehen hat, sich Seite an Seite mit den Jüngern Moskau zu setzen, so wie Leon Blum das vorgeschwebt hatte. Man sprach allen Ernstes von einer „Regierung der Rationalen Sammlung um die Volkstreu herum“, hat aber nicht ins Auge gefaßt, welche Widerstände von beiden Seiten aufzutreten könnten.

Man rekapituliert in der französischen Öffentlichkeit noch einmal, wie denn doch alles so überraschend schnell zusammenfallen konnte, und der offizielle „Petit Parisien“ weiß zu berichten, daß die kommunistische Haltung während der letzten Kammerdebatte, die zum Rücktritt der Regierung Chaumemps führte, in der Hauptsache durch außenpolitische Gründe bedingt gewesen sei. Die französische Sektion der Komintern soll den ausdrücklichen Auftrag gehabt haben, den französischen Außenminister und den Ministerpräsidenten zu Fall zu bringen, weil sie sich einer Ausdehnung und Verlängerung des französisch-sowjetischen Militärpaktes widersetzt hätten. Damit wäre allerdings Wupp und klar wieder einmal unter Beweis gestellt, daß die französischen Kommunisten ausschließlich Jünger Moskaus seien.

Es liegt auf der Hand, daß durch die fortwährenden Kabinettstürzen Frankreich auch an außenpolitischem Ansehen verlieren muß. Auch an der völlig unangenehmen Frage, woher es denn komme, daß die wirtschaftlichen und politischen Unruhen in Frankreich gar nicht abbreiten. Die einen sagen, daß die Schuld bei den vielen Clubs liegt, in denen die Kommunisten Wortführer seien, die anderen sprechen von der Unrechtheit des Parlamentarismus, und die Dritten meinen, daß der Mangel an Entschlossenheit das Risiko immer größer werden lasse. Wir sind der Meinung, daß es müßig ist, derartige Untersuchungen überhaupt anzustellen. Die Situation ist durch die merkwürdige französische Vandalenpolitik des Herrn Barthou höchst eindeutig.

Wenn man nun in der französischen Presse Vergleichsbilder mit Deutschland angeführt findet, in denen auf die Besuche Stojadinowitsch und Wechs in Berlin hingewiesen wird, wenn man meint, daß das nationalsozialistische Deutschland drauf und dran sei, Frankreich in Jugoslawien gewissermaßen den Rang abzulaufen, so geht man von absolut falschen Voraussetzungen aus. Deutschland hat wenig Interesse daran, ein Land um die Stellung in einem anderen Staat zu beneiden. Nein, es ist so, daß sich einige Länder von Frankreich abzuheben beginnen, weil sie das unsichere Fluidum, das von diesem Lande seit einiger Zeit austritt, nicht vertragen können, und weil sie schon ganz und gar keine politischen und wirtschaftlichen Geschäfte mit einem Lande zu machen wünschen, das eine Rückversicherung mit Moskau abgeschlossen hat. Das, glauben wir, hat auch der letzte Ministerpräsident Frankreichs, Chaumemps, erkannt, daß man für die Dauer der Zeit es bei diesem Bündnis mit Sowjetrußland nicht bewenden lassen kann. Wenn Staaten heute eine wirtschaftliche oder politische Annäherung zueinander planen, dann sollen sie zunächst besprechen, sich an diejenigen verantwortlichen Männer zu wenden, die auch für die Zukunft in etwa Garantien sind. Diese verantwortlichen Männer sind in Frankreich derzeit nicht zu finden, und wenn man sie fände, wüßte man nicht, auf wie lange Zeit ihnen das „Glück“ des Regierens beschieden sei. Das einzige, was eine französische Zeitung in diesen orientierten richtig feststellte, war der Satz von der Unrechtheit des parlamentarischen Systems. Wir haben diese Unrechtheit gottlob früher erkannt und uns danach eingerichtet!

London und die französische Regierungskrise

London. Die Londoner Blätter verfolgen mit immer größerer Befürchtung die Regierungskrise in Frankreich. Die Zeitungen erklären dabei insbesondere, nicht nur für Frankreich, sondern auch für die „Freunde Frankreichs“ sei es wichtig, daß endlich die Krise überwunden werde und eine beständige Regierung ins Amt komme. So schreibt die „Times“, Frankreich könne nicht ohne große Gefahren sehr viel länger ohne Regierung bleiben. Wie sehr die Franzosen auch über Fragen von relativ geringer Wichtigkeit verschiedener Meinung sein könnten, sie alle wünschten doch wohl, eine Regierung zu haben, die die Stärke Frankreichs im Auslande und zu Hause aufrecht erhalte. „Daily Telegraph“ sagt, jeder Freund Frankreichs und der „demokratischen Grundzüge“ müsse hoffen, daß eine neue französische Regierung ohne Verzögerung gebildet werden könne. Das Blatt bringt dann außenpolitische Gesichtspunkte vor und weist vor allem auf die Verschiebung der Genfer Tagung hin. Die „Daily Mail“ erörtert besonders die bitteren Feindschaften innerhalb der Volksfront und meint ebenfalls, Frankreich habe eine feste, beständige und dauerhafte Regierung notwendig. Das sei aber nur möglich, wenn die Schwierigkeiten mit den Marxisten aufgehoben, und wenn energische Schritte unternommen würden, um die Gemütszustände der ausländischen Agenten zu unterdrücken, die Frankreich so unangenehm beim zugefügt hätten.

Kalinin gewählt

Moskau. In der gemeinsamen Sitzung der beiden Kammern des Obersten Sowjets wurde Kalinin zum Vorsitzenden des Präsidiums gewählt.

Gemeinsame deutsch-jugoslawische Verlautbarung über den Besuch des Ministerpräsidenten Dr. Stojadinowitsch in Berlin

W Berlin. Während seines Aufenthaltes in der Reichshauptstadt hatte der jugoslawische Ministerpräsident und Minister des Auswärtigen, Dr. Stojadinowitsch, mehrfach Unterhaltungen mit dem Reichsminister des Auswärtigen, Freiherrn von Neurath, über alle Fragen, die die beiden Länder gemeinsam betreffen, sowie über Fragen der allgemeinen Politik. Ferner fanden eingehende Unterhaltungen mit Ministerpräsident Generaloberst Goring sowie mit einer Reihe anderer führender Männer von Staat und Partei statt. Der heutige Empfang durch den Führer und Reichskanzler schloß diese Gespräche ab und bot Gelegenheit zu eingehender vertrauensvoller Aussprache.

Diese Gespräche, die in einer Atmosphäre aufrichtiger Freundschaft und vollen Verständnisses für die beiderseitigen politischen Auffassungen geführt wurden, bekräftigten erneut, daß zwischen den beiden Ländern die Voraussetzungen für eine dauernde Freundschaft und eine dem Frieden Europas dienende Zusammenarbeit auf allen Gebieten gegeben sind. Auf beiden Seiten kam der feste Wille zum Ausdruck, diese glückliche Entwicklung der deutsch-jugoslawischen Beziehungen auch in Zukunft in jeder Weise zu fördern.

„Zwei Männer, die sich verstanden haben“

Die jugoslawische Presse zum Empfang Stojadinowitschs durch den Führer

W Belgrad. Der Empfang des jugoslawischen Ministerpräsidenten und Außenministers Dr. Stojadinowitsch durch den Führer und Reichskanzler bildet nicht nur das Hauptthema der Morgenpresse, sondern wird auch in allen Kreisen der Bevölkerung lebhaft erörtert. Die ganze Nation fühlt sich geehrt, weil ihr berühmter Vertreter längere Zeit mit dem Schöpfer des neuen Deutschen Reiches in aller Offenheit die schwebenden Fragen besprechen konnte.

Der Sonderberichterstatter der halbamtlichen „Breme“ erklärt, was diese Unterredung zwischen den beiden Staatsmännern bedeute, werde man erst in der Zukunft ganz ermessen können.

Die Stimmung der Zusammenkunft kennzeichnet der Berichterstatter der „Breme“ mit den Worten: „Im großen Arbeitszimmer des Führers spürte man die neue Atmosphäre, die ohne Gift und Gäh ist. Hier standen sich die Vertreter zweier gleichberechtigter Völker gegenüber. Der Führer und Dr. Stojadinowitsch trennten sich als zwei Männer, die sich verstanden haben.“

Der Sonderberichterstatter der „Politika“ schreibt: „Wie auch die Schlussverlautbarung feststellt, haben alle Gespräche Dr. Stojadinowitschs mit den führenden Persönlichkeiten des Deutschen Reiches und vor allem der erhabenden Obersten mit dem Führer und Reichskanzler gezeigt, daß alle Voraussetzungen für eine dauernde und enge Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Jugoslawien geschaffen wurden. Diese Zusammenarbeit wird auch im Dienste und zum Heil des europäischen Friedens sein. Es besteht kein Zweifel darüber, daß alle Fragen, die unsere beiden Staaten angehen und von Bedeutung für den europäischen Frieden sind, bis ins einzelne im Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens durchgesprochen wurden. Im gleichen Geiste verlief auch der ganze Berliner Besuch von Dr. Stojadinowitsch. Es wurde offenbar, welche Bedeutung das heutige Deutschland Jugoslawien beimeist und welche Rolle Jugoslawien in der internationalen Politik zukommt.“

Der Berichterstatter erwähnt, daß bei den Besprechungen neben politischen vor allem wirtschaftliche Fragen besprochen wurden. Auch hier habe sich gezeigt, daß das feste und unabhängige Jugoslawien in Deutschland einen wahren Freund gefunden habe.

Chaumemps will jetzt die Regierung bilden

W Paris. Nachdem Leon Blum dem Präsidenten der Republik seinen Rücktritt auf Bildung eines Kabinetts mitgeteilt hatte, wurde sofort Camille Chaumemps vom Staatspräsidenten ins Elisee berufen, wo er um 11.30 Uhr eintraf. Beim Verlassen des Elisee kurz nach 12 Uhr erklärte Chaumemps, daß er den Auftrag der Regierungsbildung angenommen habe.

Im Verlaufe seines Versuches, die Regierung zu bilden, so fügte Chaumemps hinzu, habe Leon Blum den Gedanken verfochten, die Volkstreu auf nationaler Grundlage zu erweitern. Er, Chaumemps, wolle dem Parlament einen Codex für den politischen Frieden unterbreiten.

Chaumemps an der Arbeit

Suche nach einer Volksfront ohne Kommunisten
W Paris. Wie aus politischen Kreisen am Montagmorgen verlautete, soll sich Chaumemps nach seiner Beauftragung mit der Regierungsbildung zunächst zum bisherigen Kriegsminister Daladier, dem Vorsitzenden der Radikalsozialen Partei, begeben haben. Die Besprechung hat mehr als 1 1/2 Stunden gedauert; Einzelheiten wurden bisher jedoch noch nicht bekanntgegeben. Anschließend sprach Chaumemps mit den Präsidenten der Kammer und des Senats und schließlich mit Blum. Dieser Fühlungnahme mit Blum mißt man in politischen Kreisen besondere Wichtigkeit bei.

Es wird allgemein angenommen, daß Chaumemps in der Kammer eine Mehrheit sucht, die sich aus den Volksfrontparteien ohne Kommunisten zusammensetzt. Dabei dürfte an die 150 sozialdemokratischen, die 111 radikalsozialen, die 26 Abgeordneten der Sozialistisch-Republicainischen Union und die 24 Abgeordneten der Unabhängigen Linken gedacht sein. Eine Unterfütterung durch diese vier Gruppen würde der Regierung eine, wenn auch nur schwache Kampfbarkeit bringen. Man weiß in politischen Kreisen darauf hin, daß die Opposition in zwei Lager gespalten wäre und jedenfalls keinen geschlossenen Block darstellen würde. In einer Erklärung an die Presse unmittelbar nach dem Besuch beim Präsidenten der Republik wies Chaumemps unter anderem darauf hin, daß eine Übertragung der Dinge nicht notwendig sei, da er persönlich das Interimsministerium führe. Man müsse langsam vorgehen und

gegen alle möglichen Stürme für die Zukunft eine solide Grundlage bauen.

Warum Blum ebenfalls scheiterte

Widerstand der Radikalsozialen gegen kommunistische Beteiligung

W Paris. Blum hat dem Präsidenten der Republik den Auftrag zur Neubildung eines Kabinetts zurückgegeben. Nach dem Empfang erklärte er den Journalisten: „Ich habe versucht, eine Kombination zu verwirklichen, die ich nicht als verwegene bezeichnet habe. Daß sie es auch tatsächlich war, ist daraus zu ersehen, daß sie nicht gelang ist. Ich habe darauf verzichtet, eine Kombination mit Beteiligung der Kommunisten zu verwirklichen. Ein gewisser Widerstand der Radikalsozialen Partei aber gegenüber einer kommunistischen Beteiligung an der Regierung hat mich dies unmöglich gemacht und mich daher gezwungen, den Auftrag zurückzugeben.“

In seiner Erklärung meinte Blum weiter, er habe festgestellt, daß sein Plan in der öffentlichen Meinung „mit großer Sympathie“ aufgenommen worden sei. Die Volksfront sei sich aus drei Parteien zusammen, aus den Sozialdemokraten, den Radikalsozialen und den Kommunisten. Die radikalsoziale Gruppe aber, die am Sonntagabend zu einer Sitzung zusammengetreten war, habe gegen den Eintritt der Kommunisten in die Regierung „einen gewissen Widerstand“ gezeigt. Er halte es für unnütz, sich nach weiter gegen diesen Widerstand einzusetzen, er wolle das Land wieder einen Tag noch eine Stunde verlieren lassen.

Chaumemps bemüht sich weiter

Eine Ablage Paul-Boncour
Chaumemps hat nach mehreren weiteren Besprechungen mit Politikern in der Nacht zum Dienstag bis morgen um 1.10 Uhr angekündigt, daß er nun den Reichstag des sozialdemokratischen Landtags am Dienstag früh abwarten und um 9 Uhr nach Kenntnisnahme der Sachlage seine Verhandlungen fortsetzen werde.

Senator Paul-Boncour, dem Chaumemps für den Fall der Kabinettsbildung eins der Ministerien der Landesverteidigung angeboten hatte, erklärte, er habe abgelehnt, er lehne jedoch dem Kabinett Chaumemps auf parlamentarischem Gebiet seine volle Unterstützung.

Deutsche Offiziersabordnung in Warschau

W Warschau. Am Montag morgen traf eine Abordnung deutscher Offiziere unter Führung des Kommandeurs der deutschen Kriegsschule, General der Infanterie Diebmann, zu ihrem angekündigten Besuch in Warschau ein. Zu ihrer Begrüßung hatten sich auf dem Bahnhof eingefunden Major Gorkiewicz, der der deutschen Militärmission als händiger Begleiter zugeteilt worden ist, und zwei weitere Majore aus dem Kriegsministerium und Generalstab, von deutscher Seite der deutsche Militärattache in Warschau, Oberst von Studnitz, sein Vertreter und Postfachträger von Warschau.

Am Vormittag legte General Diebmann am Grabe des Unbekannten Soldaten in Anwesenheit des Warschauer Stadtkommandanten einen Kranz nieder und tratete anschließend dem Kriegsminister General Kaprzycki, dem ersten Vizekriegsminister General Guchowski und dem Chef des polnischen Generalstabs, General Staffewicz, seinen Besuch ab.

Die Mutter des Reichskriegsministers gestorben

W Berlin. Die Mutter des Reichskriegsministers, Emma von Blomberg, die am 18. Dezember ihren 90. Geburtstag feierte, ist am 17. Januar nach kurzem Leiden in Eberswalde gestorben.

Göring dankt

W Berlin. Ministerpräsident Generaloberst Göring hat das DRB gebeten, allen, die seiner zum 45. Geburtstag so freundlich gedacht haben, seinen herzlichsten Dank zu übermitteln.

Der japanische Botschafter aus Shanghai abberufen

W Tokio. (Kassendienst des DRB.) Die japanische Regierung hat jetzt als Folge des Abbruchs ihrer Beziehungen zur chinesischen Zentralregierung ihren Botschafter Kawaguchi aus Shanghai abberufen. — Andererseits hat der japanische Botschafter in Tokio Japan verlassen.